

GANGWAY E.V.
Straßensozialarbeit in Berlin



Streetwork an Brennpunkten

Jahresbericht 2014

► Inhaltsverzeichnis

Streetwork im Bereich Wohnungslosigkeit.....	1
Gesundheitliche Aspekte in der Arbeit mit Wohnungslosen.....	3
Die Folgen der Krankenversicherungspflicht	6
Partizipation von Wohnungslosen	7
Alexanderplatz.....	9
Ostbahnhof und Umgebung.....	12
Kurfürstenkiez	13
Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung	17
Vernetzung, Gremien- und Lobbyarbeit	19
Fußball	22
Statistik.....	25
Resümee 2014 und Ausblick 2015	29
Allgemeine Angaben	31

► Streetwork im Bereich Wohnungslosigkeit

Wir, das Team „Streetwork an Brennpunkten“ bei Gangway e.V., arbeiten mit Wohnungslosen, von Wohnungslosigkeit bedrohten Volljährigen und Menschen, die sich in vergleichbaren schwierigen Lebenslagen befinden, sowie mit deren sozialem Umfeld. Wir suchen unsere Adressat*innen dabei vorwiegend am Alexanderplatz, am Ostbahnhof, im Kurfürstentempelhof und an dem Bahnhof Zoologischer Garten auf. Dabei stellen wir den Kontakt zu wohnungslosen Einzelpersonen und Gruppen her, bauen ein Vertrauensverhältnis auf, eruieren gemeinsam mit den Adressat*innen Probleme und entwickeln Angebote und Lösungsmöglichkeiten. Dies kann in sehr unterschiedlicher Form geschehen, z.B. durch Einzelfallarbeit in Form von Beratung, Begleitung und Vermittlung oder durch Gruppenangebote. Als Streetworker*innen treten wir parteilich für die Interessen der Adressat*innen ein, arbeiten anonym, vertraulich, transparent, akzeptierend und lebensweltorientiert (siehe Jahresbericht 2013, Punkt 3). Unser Team besteht aus acht Straßensozialarbeiter*innen und verfügt über Fremdsprachenkenntnisse in Englisch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Tschechisch und Slowakisch.

Im Jahr 2014 haben wir Kontakt zu 1.492 Adressat*innen aufgenommen. Diese Zahl entspricht in etwa den Zahlen aus den beiden Vorjahren, wobei wir in diesem Zusammenhang betonen möchten, dass sich daraus keinesfalls eine Stagnation der Zahl der Wohnungslosen in Berlin ableiten lässt. Vielmehr kann aufgrund der in den letzten drei Jahren relativ stabil bleibenden Zahl der Erstkontakte und Beratungen (2012: 1.448 Kontakte/ 9.170 Beratungen, 2013: 1.501 Kontakte/ 9.399 Beratungen, 2014: 1.492 Kontakte/ 10.284 Beratungen) davon ausgegangen werden, dass sich hier die Grenzen der personellen Kapazitäten des Teams Brennpunkte abzeichnen.

Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit besteht darin, tragfähige und belastbare professionelle Beziehungen langfristig aufzubauen. So begleiten wir Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf lange Sicht wohnungslos bzw. in prekären Wohnsituationen verbleiben und ihren Lebensmittelpunkt an öffentliche Orte gelegt haben, oft über Jahre hinweg. Hierbei geht es darum, den Kontakt und die Beziehung aufrecht zu erhalten und zu intensivieren sowie immer wieder Motivationsarbeit zu leisten und Veränderungswillen zu unterstützen, aber auch als Ansprechpartner*innen für die vielfältigen Anliegen des täglichen Lebens erreichbar zu bleiben. Dieser essentielle Aspekt unserer Arbeit begründet einen relativ hohen Zeitaufwand.

Aber auch die Brennpunkte haben begrenzte Kapazitäten und weisen "Regulationsmechanismen" auf. So ist die Zahl der sich regelmäßig an den von uns frequentierten Brennpunkten aufhaltenden Menschen im Jahresdurchschnitt relativ stabil. Halten sich über einen gewissen Zeitraum hinweg mehr Menschen an einem Brennpunkt auf und fangen so an, Anwohner*innen, Passant*innen sowie Sicherheits- und Ordnungskräften verstärkt aufzufallen (wie im Fall der Lebensstraße im Jahr 2013), greift auch relativ schnell die Verdrängung durch vermehrte Kontrollen und Platzverweise oder auch Räumungen von Schlafplätzen. Zusätzlich herrscht eine gewisse Konkurrenz unter den wohnungslosen Menschen selbst um die knappen Ressourcen der Brennpunkte wie Schnorr- und Schlafplätze, Pfandflaschen und die wenigen Möglichkeiten des geduldeten Aufenthalts in Gruppen. Da Berlin über sehr viele öffentliche, stark frequentierte Plätze und Parks verfügt, gehen wir davon aus, dass sich woh-

nungslose Menschen auf diese Orte verteilen. Um die Entwicklungen in der Stadt im Blick zu behalten und gegebenenfalls Handlungsvorschläge unterbreiten zu können, haben wir 2014 vermehrt auch über die üblichen Brennpunkte hinaus Orte aufgesucht. So haben wir zum Beispiel im Bereich der Friedrichstraße im Bezirk Mitte sowie der Warschauer Straße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vermehrt Adressat*innen unserer Arbeit angetroffen.

Unseren Erfahrungen nach wäre es notwendig, die Eruiierung weiterer Brennpunkte und Aufenthaltsorte systematisch auszubauen sowie bei Bedarf regelmäßigen Kontakt aufzunehmen und Beratung anbieten zu können. Dies ist uns jedoch mit unseren derzeitigen personellen Kapazitäten in dem erforderlichen Maß leider nicht möglich.

Doch wir müssen uns nicht nur der Steigerung eher kurzfristiger Wohnungsnotfälle, sondern vermutlich auch einer Verfestigung der langfristigen Wohnungslosigkeit stellen. Denn auch im Jahr 2014 haben sich vor allem die strukturellen Probleme für Wohnungslose weiterhin verschärft. Dies betrifft vor allem den angespannten Wohnungsmarkt auf dem Menschen, die derzeit wohnungslos sind nahezu keine Chancen mehr haben, Wohnraum zu finden. Selbst Ordnungsrechtliche Unterbringungen (nach ASOG) in Wohnheimen sind kaum noch möglich, da die Plätze meist vergeben sind. In Ausnahmefällen bieten die Sozialen Wohnhilfen den Antragsteller*innen die Kostenübernahme für eine Pension oder einen Platz in einem Hostel an, häufig bleiben aber Menschen gänzlich unversorgt und können lediglich im Winter auf das Angebot der Kältehilfe zurückgreifen.

Erhalten Hilfesuchende die Zusage, dass die Kosten für ein Hostel übernommen werden, bedeutet dies noch keine Unterbringung, da viele Hostels Menschen mit Kostenübernahmen durch das Sozialamt nicht aufnehmen oder die Übernachtungskosten höher sind als der durch das Amt bewilligte Betrag.

Nach wie vor beobachten wir die mangelhafte medizinische Versorgung vieler obdachloser Menschen mit großer Sorge und Entrüstung. Im letzten Jahr sind mehrere Obdachlose in Berlin verstorben, wobei die finale Todesursache in der Regel ein Organversagen war. Betrachtet man die Todesfälle jedoch genauer, lässt sich feststellen, dass sie auf die widrigen Lebensumstände in der Obdachlosigkeit zurückzuführen waren.

Speziell bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt häufig kein Krankenversicherungsschutz vor, so dass die Menschen bei gesundheitlichen Problemen lediglich eine Notversorgung erhalten. Dies trifft auch bei schwerwiegenden Krankheiten und/oder Verletzungen wie bei Knochenfrakturen, Krebserkrankungen etc. zu. Ursache hierfür ist, dass die deutschen Behörden einen Sozialleistungsanspruch bei vielen dieser Menschen negieren, obwohl dies im Widerspruch zum Europäischen Recht steht. Erst wenn der Zustand lebensbedrohlich ist, wird stationär in ein Krankenhaus aufgenommen. Diese mangelnde Versorgung steht im erheblichen Widerspruch zur grundgesetzlich verankerten Ordnung. Speziell wird hier gegen die Menschenwürde (Art.1 GG) und gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art.2, Abs.2 GG) verstoßen.

All diese widrigen Umstände, denen unsere Adressat*innen ausgesetzt sind, lassen sich nur auf der politischen Ebene und unter starkem gesellschaftlichen Druck lösen. Nachhaltige Lö-

sungen können jedoch nur unter Beteiligung der Betroffenen selbst gefunden und implementiert werden.

Bei Wohnungslosigkeit handelt es sich um ein sehr komplexes Problemfeld, das verschiedene Ebenen beinhaltet: die individuelle-, Gruppen-, sozialräumliche- und gesellschaftlich-politische Ebene (siehe ausführlicher Jahresbericht 2013, Punkt 1). Im Jahresbericht 2013 unter Punkt 2 haben wir bereits das Hilfesystem in Berlin betrachtet. Dabei fiel auf, dass dieses System vorwiegend Einzelfallhilfe anbietet und damit primär auf die individuelle Problemlage eingeht. Den Wohnungslosentagesstätten fehlen in der Regel die Kapazitäten, Angebote zur Bearbeitung der anderen Problemebenen zu schaffen, so dass Streetwork mit seinem ganzheitlichen Ansatz ein unverzichtbares Instrument in der Wohnungslosenhilfe darstellt.

Von Armut betroffenen Menschen fehlt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in nahezu allen Bereichen.

Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kultur, Bildung und Sport. Sie sind kaum in der Lage, ihre Freizeit aktiv zu gestalten, da es ihnen einerseits an gesellschaftlicher Akzeptanz und andererseits an materiellen Ressourcen fehlt. Vor allem aber sind sie von gesellschaftlichen Prozessen wie der politischen Willensbildung gänzlich ausgeschlossen.

Selbst in Bereichen, von denen sie unmittelbar betroffen sind, wie beispielsweise bei Umstrukturierungen ihrer Lebens- und Sozialräume, haben sie kein Mitspracherecht und werden in aller Regel noch nicht einmal angehört oder nach ihrer Meinung oder ihren Wünschen gefragt. Auf Wohnungslose, die nicht nur von relativer, sondern von existentieller Armut betroffen sind, trifft dies in ganz besonderem Maße zu. Durch die Individualisierung in der Gesellschaft, die auch bei Wohnungslosen stattfindet, verschlechtern sich ihre Möglichkeiten auf Mitsprache und Teilhabe noch einmal zusätzlich. Diese Umstände stellen die Straßensozialarbeit in der Wohnungslosenhilfe vor eine Herausforderung. Da man einer Individualisierung nicht mit individuellen Hilfen begegnen kann, arbeiten wir nun verstärkt an dieser Problematik und schaffen Angebote und Projekte, die einem gesellschaftlichen Ausschluss entgegen wirken. Durch Bildung von Interessengruppen und Stärkung des Selbstwertgefühls soll über ein positives Selbstbild auch ein positiveres Fremdbild erreicht werden, wodurch auch vermehrt Partizipationschancen eröffnet und wahrgenommen werden könnten. Unser Fußballprojekt und die im letzten Jahr begonnene Organisation der Europameisterschaft der Wohnungslosen im Street Soccer, des European Homeless Cup 2015, sind beispielsweise unter diesen Aspekten zu verstehen (siehe Punkt Fußball).

► Gesundheitliche Aspekte in der Arbeit mit Wohnungslosen

Die wohl bekannteste Definition von Gesundheit wurde durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschrieben:

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen.“

Zahlreiche Studien belegen, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gesundheit und Armut bzw. Wohnungslosigkeit bestehen und sich gegenseitig verstärkt. „Das eigene Gesundheitsbewusstsein und das dementsprechende gesundheitsfördernde Verhalten sind (...) von den finanziellen Möglichkeiten abhängig. Somit wirkt soziale Gerechtigkeit auf die Gesundheit ein.“¹

Wir begegnen immer wieder Adressat*innen mit gesundheitlichen Problemen. Dabei hat Gesundheit einen zentralen Stellenwert.

Das Leben auf der Straße bietet kaum Möglichkeiten für Regeneration und wenig Raum für Rückzug, der für viele Menschen notwendig ist, um physisch und psychisch gesund zu bleiben.

Allein die Unsicherheit des Schlafplatzes ist eine große Belastung, da die Person nicht weiß, an welchem Ort sie schlafen kann, und ob sie dort sicher ist. Eine Gefahr durch Dritte kann zum einen von Sicherheits- und Ordnungskräften erfolgen, die sie von dem Schlafplatz verdrängen, zum anderen durch körperliche Übergriffe von fremden Personen oder von Bekannten erfolgen. Zudem sind sie jederzeit den Witterungsbedingungen ausgesetzt. Allein diese Situation wäre für Menschen mit Wohnraum eine völlige Überforderung, die sich vermutlich negativ auf die Gesundheit auswirken würde. Für Wohnungslose allerdings ist die Suche des Schlafplatzes nur *ein* Aspekt des Überlebens.

Mahlzeiten, die für viele Menschen ein kommunikatives, lustvolles und besonderes Ereignis darstellen, ist für viele Wohnungslose mit anderen Assoziationen verbunden: Das Essen...

- dient vorrangig als Nahrungsaufnahme,
- das gegeben wird und das sie sich nicht aussuchen können,
- erfolgt mit Menschen, die sich zum Teil nicht kennen,
- erfolgt mit Menschen, die sie sich nicht aussuchen können,
- findet unter zeitlicher Beschränkung statt, die von außen vorgegeben ist,
- findet in einer Atmosphäre statt, mit der sie sich arrangieren,
- berücksichtigt selten gesundheitliche Einschränkungen, z.B. Laktoseunverträglichkeiten,
- wird zum Teil nur unter bestimmten Bedingungen herausgegeben, z.B. vorheriges Gebet.

¹ http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

Schwierig wird das Essensangebot für Menschen, die Wert auf eine ausgewogene Ernährung legen. Lehnen sie Essen ab, so wird ihnen schnell der Vorwurf gemacht, dass sie undankbar sind. Wir erfahren häufig von Wohnungslosen, dass sie eine Art „Essenshopping“ betreiben. Sie ziehen von einem Essensangebot zum nächsten. Wir vermuten, dass Essen unter anderem als Beruhigungsmittel genutzt wird, um Ängste und Unsicherheiten zu dämpfen, dass es ein Mittel gegen Langeweile ist, dass es Tagesstruktur gibt und der Ort des Essens Kommunikationsmöglichkeiten sichert. Da Essen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Gesundheit steht und mit dem eigenen Körperbewusstsein einhergeht, sind Wohnungslose in diesem Fall häufig benachteiligt.

Menschen mit dem Lebensmittelpunkt auf der Straße sind auf Grund ihrer Situation einer psychischen Belastung ausgesetzt. Dieser Umstand wird durch verschiedene Faktoren verstärkt. Die Verdrängung von den öffentlichen Orten beinhaltet und führt zu Diskriminierungen der Adressat*innen. Je nach emotionaler Stabilität des/r Betroffene/n kann sich dies auf die Gesundheit auswirken.

Fallbeispiel: Wir begegneten einer älteren Frau am Alexanderplatz, die kurz zuvor von den Sicherheitskräften der Deutschen Bahn aus dem Bahnhofsbereich verwiesen wurde. Sie wirkte sehr verunsichert und verstört und stellte uns die Frage: „Ich tue doch keinem etwas. Warum darf ich nicht hier sein?“

Beschimpfungen, Beleidigungen und Übergriffe durch Bürger*innen können ebenso zu Verunsicherungen und Minderwertigkeitsgefühlen führen. Auch Ablehnungen und Verweise von Mitarbeiter*innen sozialer Einrichtungen an andere Institutionen, auf Grund von Zuständigkeitsregelungen, können den Eindruck erzeugen, hier nicht erwünscht zu sein. Ebenso haben diskriminierende Äußerungen und respektloses Verhalten Auswirkungen auf die Psyche.

Selbst Mitarbeiter*innen von Behörden lösen durch ihr Verhalten bei den Betroffenen Angst, Unsicherheit und Scham aus, obwohl sie von ihrem Auftrag her keine Unterschiede machen sollten. Trotz Diversity-Schulungen in einigen Ämtern hören wir immer wieder von diesen Erfahrungen.

*Fallbeispiel: Eine EU-Bürger*in wollte sich beim Bürgeramt polizeilich anmelden. Sie brachte alle notwendigen Dokumente hierfür mit. Nach einer langen Wartezeit wurde sie aufgerufen. Sie bat ihre Sachbearbeiterin um Hilfe beim Ausfüllen der Papiere, da sie nicht in Deutsch schreiben und lesen kann. Die Sachbearbeiterin lehnte die Hilfe ab und wies sie darauf hin, einen Freund um Hilfe zu bitten. Die Hilfesuchende hat sich telefonisch bei uns gemeldet, da sie fassungslos und verzweifelt über dieses Vorgehen war.*

Neben den genannten Faktoren können weitere Einfluss auf die Gesundheit haben. Bei einer stetigen Wiederholung können sich Zuschreibungen bei den Menschen verfestigen und/oder zu ernsthaften Erkrankungen führen.

Unser Projekt richtet sich an Wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte Volljährige und Menschen, die sich in vergleichbaren schwierigen Lebenslagen befinden, sowie an deren soziales Umfeld. Bei der Weitervermittlung ins Berliner Hilfesystem müssen wir leider Unterschiede zwischen diesen Menschen machen. Zum einen gibt es EU-Bürger*innen mit Leistungsanspruch und zum anderen ohne Leistungsanspruch (Menschen ohne deutschen Pass

müssen höhere Barrieren überwinden, um ihren Anspruch auf soziale Leistungen durchzusetzen. Hieran scheitern sie häufig.

Die Rechtslage ist derzeit sehr umstritten, wie ein Zugang aussehen kann.). Die Weitervermittlung von EU-Bürger*innen ohne Leistungsanspruch, z.B. chronisch Kranke, stellt uns zum Teil vor unüberwindbare Probleme, hier müssen politische Regelungen getroffen werden, um ein menschenwürdiges Handeln zu ermöglichen. Es fehlt z.B. an niedrighwelligen Zugängen zu zahnärztlicher Versorgung, zur Versorgung von chronisch Erkrankten, zu Therapiemöglichkeiten für psychisch Erkrankte und eine Krankenstation (wie bereits in den vergangenen Jahresberichten beschrieben).² Diese Einrichtungen fehlen zum Teil für EU-Bürger*innen mit und ohne Leistungsanspruch, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben.

Wir möchten festhalten, dass Gesundheit von elementarer Bedeutung ist und ohne Gesundheit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur eingeschränkt bis gar nicht möglich ist.

► Die Folgen der Krankenversicherungspflicht

Neben den gesundheitlichen Aspekten möchten wir im Folgenden auf die Auswirkungen der Krankenversicherungspflicht eingehen.

Eine Vielzahl von Wohnungslosen besitzt aus unterschiedlichen Gründen keine Krankenversicherung. Die seit 2004 bestehende gesetzliche Krankenversicherungspflicht lässt den Menschen keine Wahl darüber zu entscheiden, ob sie sich versichern möchten oder nicht.

Einigen von ihnen ist nach wie vor nicht bewusst, dass trotz fehlender Krankenversicherung Schulden entstehen, auch wenn sie keine ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen. Es ist für viele nicht nachvollziehbar, wieso Beitragsschulden entstehen, ohne eine medizinische Leistung erhalten zu haben. Tatsächlich haben Nichtkrankenversicherte Anspruch auf folgende Leistungen:

- Leistungen, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände erforderlich sind,
- Vorsorgeuntersuchungen und Kinderuntersuchungen und
- Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft.

Aus der Praxis können wir berichten, dass selbst diese Leistungen nicht immer erbracht werden, da die Definition von akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen sehr unterschiedlich zu sein scheint.

Jahrelanges bzw. monatelanges Fehlen einer Krankenversicherung hat zur Folge, dass sich Schulden bei den Betroffenen anhäufen. Die Überschuldung kann ein Hemmnis sein, sich in das Hilfesystem zu begeben.

² <http://www.gangway.de/~upload/gangway/pdf/Krankenstation.pdf>

Das Entstehen von Beitragsschulden führt zu einer weiteren finanziellen Einschränkung bei Menschen, die entweder Transferleistungen oder geringe Einkommen zur Verfügung haben, da häufig Ratenzahlungen vereinbart werden, die ihre finanziellen Möglichkeiten überschreiten.

Seit dem Jahr 2013 regelt das „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der gesetzlichen Krankenversicherung“, dass Beiträge teilweise erlassen werden sollen. Bis zum 31.12.2013 war sogar der vollständige Erlass der Beitragsrückstände möglich.

*Zurzeit ist nur eine nachträgliche Beitragsreduzierung mit einem bürokratischen Aufwand möglich. Für Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße ist allein der Besitz von Dokumenten eine Herausforderung. Diese können aus den unterschiedlichsten Gründen abhanden kommen oder vernichtet worden sein, z.B.: die Papiere werden gestohlen, verloren oder lösen sich durch Witterungsverhältnisse auf. Deshalb ist eine Weiterführung des vollständigen Erlasses der Beitragsrückstände wünschenswert. Es würde einen Wiedereinstieg ins Hilfesystem deutlich vereinfachen und hätte keine Überschuldung der Adressat*innen zur Folge.*

► Partizipation von Wohnungslosen

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, fehlt Wohnungslosen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, was auch Auswirkungen auf ihre Mitsprache bei gesellschaftlichen Prozessen hat. Sie haben kaum Gelegenheit, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in Interaktion zu treten und können somit auch ihre Interessen und Bedürfnisse bei der gesellschaftlichen Gestaltung nicht einbringen. Aus diesem Grund ist es wichtig, Wohnungslosen durch aktive Freizeitgestaltung eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies betrifft z.B. Sport- und Kulturereignisse. Es geht aber nicht nur darum, ihnen den Besuch solcher Veranstaltungen zu ermöglichen, sondern sie darüber hinaus dahingehend zu motivieren, selbst in diesen Bereichen nach ihren Interessenslagen aktiv zu werden.

Wenn Anliegen oder Sichtweisen von Wohnungslosen eingebracht werden, geschieht dies in aller Regel durch Sozialarbeiter*innen, die sich bemühen, eine Lobby für ihre Adressat*innen aufzubauen. Wo jedoch konkret das Interesse oder Bedürfnis der Wohnungslosen liegt, ist dabei aber häufig das subjektive Empfinden des / der Sozialarbeiter*in. Aus diesem Grund sollte sich das Ziel einer Mitsprache von Wohnungslosen so gestalten, dass diese eigenständig für ihre Interessen eintreten können.

Hierzu sind eine Emanzipation und letztendlich eine Selbstorganisation von Wohnungslosen erforderlich, d.h. es sind einige Schritte nötig, um dieses Ziel zu erreichen.

Betrachtet man andere emanzipatorische Bewegungen von Gruppen, die in der Gesellschaft benachteiligt waren bzw. immer noch sind und die gesellschaftlichen Einfluss gewinnen konnten, lassen sich bestimmte Parallelen feststellen, wie dieser Prozess zum Erfolg führte. Beispielhaft hierfür seien die Arbeiter*innen-, die Schwulen-, die Frauen- oder auch die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung genannt, wobei man berücksichtigen muss, dass Wohnungslose in der Gesellschaft eine zahlenmäßig viel kleinere Gruppe darstellen. Dies gilt

jedoch nicht, wenn man Wohnungslose als Teil einer größeren Gruppe, nämlich der von Armut betroffenen Gesellschaftsschicht betrachtet.

Auffällig an den genannten emanzipatorischen Bewegungen ist, dass diese, bevor sie in der Gesellschaft Gehör fanden bzw. sich Gehör verschafften, sich zunächst intern organisierten und austauschten. Speziell in der Arbeiter*innenbewegung gab es unzählige Gruppen, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigten und die zum Teil auf den ersten Blick betrachtet gänzlich unpolitisch waren. Es gab Gruppen, die Theater spielten, eine Wanderbewegung, verschiedene Sportaktivitäten etc. Obwohl das Ziel hierbei zunächst noch kein politisches war, entstanden dadurch ein Austausch unter den einzelnen Gruppenmitgliedern und ein „Wir-Gefühl“. Ohne diesen Prozess wäre die gesellschaftliche Kraft dieser Bewegung nicht möglich gewesen.

Sehr ähnlich gelang es der Schwulenbewegung, Einfluss zu gewinnen. Auch hier bildeten sich zunächst kleinere Schwuleninitiativen und viele Gruppen, die eine schwule Subkultur entwickelten, bevor sie mit ihren Anliegen an die Öffentlichkeit traten. Das Entscheidende bei diesen Prozessen ist offensichtlich das Entwickeln eines Selbstverständnisses und eines Zusammengehörigkeitsgefühls sowie der Aufbau eines Selbstbewusstseins. Gerade dies ist besonders wichtig, da marginalisierte Gruppen häufig nicht die Stimme erheben, da sie gesellschaftlich nicht akzeptiert sind und somit die Befürchtung haben, noch mehr an den Rand gedrängt zu werden, wenn sie für ihre Rechte eintreten.

Dies sind Voraussetzungen für Veränderungen, die zunächst intern geschehen müssen.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist, dass Menschen die Gelegenheit haben, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Ein Austausch der marginalisierten Gruppe mit der „Mitte der Gesellschaft“ ist erforderlich, um Partizipation zu ermöglichen.

Überträgt man auf Wohnungslose die Beobachtungen, wie es emanzipatorischen Bewegungen gelang, Mitsprache zu erreichen ohne dabei die eigene Identität zu leugnen, sondern diese, im Gegenteil, sogar hervorzuheben, ergeben sich daraus Aufgaben für die soziale Arbeit, wie solche Prozesse angestoßen, flankiert, unterstützt oder auch zum Teil initiiert werden können. Streetwork kann hierin seine Aufgabe sehen, da sie im Gegensatz zu anderen Bereichen der Wohnungslosenhilfe auf eine Vielfalt an Methoden zurückgreifen kann und nicht auf Einzelfallarbeit beschränkt ist.

Es ist also einerseits notwendig, Wohnungslose beispielsweise bei der Klärung von Konflikten im öffentlichen Raum zu involvieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, für ihre Interessen einzutreten - und andererseits das Zusammengehörigkeitsgefühl und den internen Austausch durch Gruppenaktivitäten zu fördern. Des Weiteren sollten sie die Möglichkeit haben, sich mit ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu präsentieren, um auf ihre Probleme, aber vor allem auch auf ihre Potentiale aufmerksam zu machen. Sie dabei zu unterstützen und solche Prozesse zu begleiten sind erste Handlungsschritte, um eine Partizipation und eine spätere Selbstorganisation zu forcieren.

Aus diesem Grund haben wir in letzter Zeit unser Angebot ergänzt und sind von der stark ausgeprägten Konzentration auf individuelle Hilfen abgewichen und haben zunehmend Zeit in Gruppen- und Projektarbeit investiert.

► Alexanderplatz

Der „Bahnhof Alexanderplatz“ befindet sich im Bezirk Mitte. Es ist ein stark frequentierter Platz und einer der Hauptumstiegsplätze Berlins. Er bietet einige Aufenthaltsmöglichkeiten auf öffentlichen Bänken und ist ein traditioneller Treffpunkt für unsere Adressat*innen. Neben der Pflege sozialer Kontakte gibt es unter anderem Möglichkeiten zum Verkauf von Straßenzeitungen, eingeschränkt für Straßenmusik und zum Schnorren.

Die Möglichkeiten für die Adressat*innen, den Platz weiterhin als Treffpunkt zu nutzen, werden immer stärker räumlich und strukturell beschnitten. Ein Beispiel hierfür ist das neu eröffnete „Alea 101 – Arbeiten und Wohnen am Alexanderplatz“ und der Primark, der zwar räumlich keinen Einschnitt bedeutet, jedoch ein starker Magnet für Käufer*innen darstellt.

Durch die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen mit wirtschaftlichem Interesse (z.B.



Weihnachtsmarkt, Ausstellungen, Oktoberfest, Frühlingsmarkt), die zahlreichen, groß angelegten Baustellen und die unterschiedlichen Ordnungskräfte (Bundespolizei, Polizei, Ordnungsamt, private Sicherheitskräfte der Gewerbetreibenden, der Deutschen Bahn und der Berliner Verkehrsbetriebe) wurde der Platz in der Nutzung immer wieder stark eingeschränkt. Anhand von zwei Fotostrecken im Internet möchten wir die Veränderungen auf dem Platz bildhaft darstellen.³

Im Jahr 2014 gab es ein schweres Gewaltdelikt am Alexanderplatz. Bei einer Messerstecherei starb ein junger Mann. Die erhöhte Präsenz von Polizei, Ordnungsamt, Security hielt unvermindert an. Kontrollen, Platzverweise und Beschlagnahmungen waren ein stetiges Thema. Ängste wurden in der Bevölkerung geschürt, was zu einer subjektiven Verunsicherung beitrug und sie repressive Maßnahmen als mögliches Mittel fordern ließ. Die Folge war eine starke Verdrängung unserer Adressat*innen, die als potentiell Sicherheitsrisiko wahrgenommen wurden. Die ordnungspolitischen Maßnahmen hinterließen bei ihnen und auch bei einem Teil der Passant*innen ein Gefühl von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.



Bis Ende 2013 waren wir regelmäßig zweimal die Woche zu einer festen Zeit am Alexanderplatz. Im letzten Jahr haben wir uns entschlossen, unser Angebot um einen Tag zu erweitern. Dieses zusätzliche Zeitfenster nutzten wir, um auch den Bahnhof Friedrichstraße und den Hackeschen Markt mit in die Streetwork einzubeziehen.

³ <http://www.gangway.de/gangway.asp?cat1id=90&cat2id=5536&cat3id=&DocID=7537&client=gangway>

Mit Hilfe eines Fallbeispiels möchten wir aufzeigen, wie viel Zeit, Kraft und Motivation benötigt wird und welche Auswirkungen es hat, dass Leben auf der Straße zu verändern.

Fallbeispiel:

Frau B., 47 Jahre alt, EU-Bürgerin mit Sozialleistungsanspruch, lebte seit drei Jahren in Berlin ohne Wohnung und ohne polizeiliche/postalische Meldung. Sie war nicht krankenversichert, bekam keine Transferleistungen und verfügte über keine persönlichen Dokumente. Ihre finanziellen Mittel reichten gerade zum Überleben. Sie schlief in einer Grünanlage. Der gesundheitliche Allgemeinzustand von Frau B. war angeschlagen, zudem klagte sie über starke Zahnschmerzen. Sie nahm das Angebot des Hilfesystems nicht in Anspruch, da sie niemandem zur Last fallen wollte, da er sich einerseits schämte und andererseits lieber am „normalen“ Leben teilhaben wollte. Die Kontaktaufnahme erwies sich als sehr langwierig. Wir sprachen sie regelmäßig bei unseren Rundgängen an. Sie begegnete uns mit Scham und Zurückhaltung. Nach acht Monaten war Frau B. bereit, ihre Situation zu schildern und signalisierte Veränderungsbereitschaft. Der erste Schritt bestand darin, Passbilder für einen vorläufigen Personalausweis zu besorgen und anschließend gemeinsam zur LABO zu gehen, um diesen zu beantragen. Parallel führte uns der Weg zur Sozialen Wohnhilfe, um eine Übernachtungsmöglichkeit nach ASOG zu erhalten. Leider wurden wir abgewiesen, mit dem Hinweis, die Notübernachtung Franklinstraße aufzusuchen. Hier wurde im Vorfeld jedoch nicht geklärt, ob ein Platz vorhanden ist. Durch diesen Rückschlag ließ sich Frau B. nicht entmutigen. Übergangsweise kam sie dort in der Nacht unter. Zwischenzeitlich suchte sie die von uns herausgegebenen medizinischen Einrichtungen auf, die allgemein- und zahnärztliche Versorgung anbieten. Auch der Gang zum Jobcenter erwies sich als frustrierend. Der Antrag auf ALG II-Leistungen wurde angenommen, jedoch gab es keinen Vorschuss, so dass Frau B. weiterhin ohne finanzielle Mittel blieb. Sie war weiterhin auf Essens- und Kleidungsausgaben angewiesen. Erst nach zwei Wochen erhielt Frau B. ihren ersten Scheck. Mit Hilfe eines „Clearings“ versuchten wir gemeinsam zu erarbeiten, welche Schritte, in welcher Reihenfolge notwendig sind. Hierbei stellte sich heraus, dass Frau B. zunächst vorrangig eine neue Arbeit finden wollte. Deshalb vermittelten wir sie als nächstes in eine Beratungsstelle zur Arbeitssuche. Dort wurde ihr klar, dass sie andere Prioritäten setzen musste, um ihre Ziele umzusetzen. Es erfolgte erneut eine Begleitung zur Sozialen Wohnhilfe mit dem Ziel, eine Unterbringung nach ASOG zu erhalten. Diesmal hatte sie mehr Erfolg. Bis heute lebt sie in dieser Unterkunft, schreibt mit Unterstützung der Beratungsstelle zur Arbeitssuche Bewerbungen und Lebensläufe, klärt ihre Schuldenproblematik, ihre rechtlichen Angelegenheiten, versucht, eine Tagesstruktur zu erlangen und ist auf der Suche nach einer geeigneten Wohnform.

*Zusätzlich zu der bereits bestandenen Schuldenproblematik sind für Frau B. nun durch die gesetzliche Krankenversicherungspflicht weitere Schulden hinzugekommen. Bei drei Jahren fehlender Krankenversicherung sind das laut Aussage eines Mitarbeiters einer Krankenversicherung ca. 6.000 Euro. Dieses Beispiel zeigt deutlich, welche Hürden und Rückschläge Ämter und Behörden verursachen können. In diesem Fall ist kein Abbruch erfolgt, welches wir jedoch schon häufig erlebt haben. Vergleicht man die Darstellungen zwischen EU-Bürger*innen mit und ohne Leistungsanspruch stellt sich heraus, welche unterschiedlichen Möglichkeiten den Menschen zur Verfügung stehen. Jemandem, der keine Chance erhält, dem wird auch die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt.*

Ereignisse 2014:

- Der Alexanderplatz ist ein beliebter Ort für Straßenmusiker*innen. Sie verdienen über die Musik ihren Lebensunterhalt. 2014 entstanden Konflikte zwischen Anwohner*innen, Ordnungsamt, der Polizei und den Musiker*innen. Wiederholt erfuhren wir, dass Musikinstrumente konfisziert und Platzverweise ausgesprochen wurden. Bußgelder wurden verhängt. Eins der Musikinstrumente wurde sogar zerstört. Für den Musiker wurde hierdurch seine Lebensgrundlage vernichtet. Um den Handlungsrahmen des Ordnungsamtes kennen zu lernen und Verständnis für die gegenseitige Arbeit zu vermitteln, gab es ein gemeinsames Treffen im Bezirksamt Mitte. Wir konnten das informative Gespräch für unsere zukünftige Arbeit nutzen.
- Bei unseren regelmäßigen Aufenthalten am Alexanderplatz fielen uns vermehrt religiöse Gruppierungen auf, die Werbung für ihre Gemeinschaft machten. Sie erregten lautstark Aufmerksamkeit über Musik und Predigten. Nach Rücksprache mit anderen Institutionen bestätigte sich unser Eindruck. Wir möchten den Jahresbericht nutzen, um auf diese bundesweite Entwicklung hinzuweisen. Der NDR produzierte eine Reportage zu dieser Thematik.⁴
- Nach wie vor existiert die Großbaustelle am Roten Rathaus. Zudem begann im Frühjahr die Baustelle rund um die Marienkirche. Bäume, Sträucher und Sitzbänke wurden entfernt und der Bereich großräumig mit Bauzäunen abgesperrt.
- Die 2013 mit viel Engagement errichtete Toilette hinter dem Fernsehturm wird nach wie vor von allen Besucher*innen des Platzes erleichtert angenommen.
- Im Laufe des Jahres erarbeitete der AK City einen Handzettel, um nicht-ortskundigen Polizeikräften Informationen über die rechtlichen Grundlagen, Aufträge und Ziele der Sozialen Arbeit zu übermitteln.
- Ein großer Verlust stellt der Weggang von Herrn Nopper dar. Er war im Bezirksamt Mitte zuständig für Prävention und Stadtteilarbeit und begleitete die Arbeit der Initiative Alexanderplatz seit 2007.



⁴ <http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/die-story-im-ersten-mission-unter-falscher-flagge-100.html>

► Ostbahnhof und Umgebung

Den Ostbahnhof in Friedrichshain suchen wir dreimal wöchentlich auf. Es besteht nach wie vor regelmäßiger Kontakt zur Arztpraxis für Wohnungslose am Stralauer Platz gegenüber dem Bahnhof sowie zur Bahnstiftung.



Unter den Wohnungslosen, die sich am Ostbahnhof aufhalten, gibt es eine Fluktuation, die Anzahl wohnungsloser Menschen an diesem Ort ist aber in etwa konstant. Eine Zunahme ist jedoch an der nicht weit entfernten Warschauer Straße und dem Simon-Dach-Kiez festzustellen, Orte, die vereinzelt auch aufgesucht wurden. Einige Wohnungslose am Ostbahnhof sind hier sehr fest verankert, d.h. sie sind wenig mobil und haben sich teilweise mit ihrer sozialen Situation arrangiert. Diese Personen sind dem Streetwork-Team schon seit einigen Jahren bekannt und stellen uns vor große Herausforderungen, da es schwer fällt, sie zu aktivieren. Während des Berichtszeitraums wurden einige Angebote geschaffen, um die Adressat*innen einerseits aus ihrem „Alltagstrott“ heraus zu ziehen und darüber hinaus die Beziehung zu ihnen zu verfestigen (siehe Aktivitäten).

Bauliche Veränderungen fanden im letzten Jahr in der Bahnhofshalle statt, was jedoch keine großen Auswirkungen auf die Szene hatte.

Im Herbst wurde bekannt, dass drei Angehörige der Bundespolizei am Ostbahnhof über einen längeren Zeitraum gezielt gefälschte Anzeigen, vor allem gegen betrunkene Obdachlose, geschrieben hatten, da sie sich hiervon eine schnellere Beförderung versprachen.

Bei der Berliner Bundespolizei wurde die Anzahl an Anzeigen offenbar als Kriterium für erfolgreiche Polizeiarbeit gewertet.⁵ Auf Anfrage bei der Bundespolizei wurde dem Team BP mitgeteilt, dass die Vorfälle sich hauptsächlich am Bahnhof Lichtenberg ereignet hatten. Die Richtigkeit des Artikels, der auf „Spiegel online“ erschienen war, wurde bestätigt, wie mit den Anzeigen nun umgegangen wird, wurde jedoch nicht erklärt. Bei Wohnungslosen sorgte dieser „Vorfall“ für einige Empörung.

Das Vertrauen zur Polizei ist bei den meisten Wohnungslosen sehr gering, da sie Polizisten meist als Personen erleben, die sie reglementieren, indem sie beispielsweise Platzverweise erteilen. Werden Wohnungslose Opfer einer Straftat, z.B. eines Diebstahls oder einer Körperverletzung, verzichten sie aufgrund dieses mangelnden Vertrauens in die Behörden und speziell in die Polizeibehörde häufig auf eine Anzeige. Wenn wir als Sozialarbeiter*innen versuchen, diesen Menschen ihre Befürchtungen zu nehmen und zu ihrem Schutz die Polizei einzuschalten, jedoch ist dies meist sehr schwierig. Durch die Vorfälle bei der Bundespolizei ist diese Motivationsarbeit nun nochmal schwieriger geworden. Dass Träger von Hoheitsbefugnissen derart handeln ist skandalös und es ist zwingend erforderlich, alle Anzeigen, die von den betreffenden Polizisten gemacht wurden, als nichtig zu betrachten.

⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizisten-sollen-in-berlin-jagd-auf-unschuldige-gemacht-haben-a-1001842.html>

► Kurfürstenkiez

Der Kurfürstenkiez liegt in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte. An diesem Ort befindet sich einer der Straßenstriche in Berlin, der nach wie vor zu Kontroversen führt. Unser Augenmerk richtet sich auf folgende Straßenzüge: Kurfürstenstraße, Frobenstraße, Bülowstraße, Potsdamer Straße sowie unregelmäßig die Genthiner Straße, Ziethenstraße, Kurmärkische Straße und den Magdeburger Platz. Angrenzende Straßen behielten wir im Blick, um auf Veränderungen angemessen zu reagieren. Dies hat im Jahr 2014 dazu geführt, dass die Lützowstraße stärker in unseren Fokus gerückt ist. Die bezirkliche Zuständigkeit erforderte, dass immer mit den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte Ideen entwickelt und ausgetauscht sowie Gespräche geführt wurden.



Ein großer Vorteil des Kurfürstenkiezes ist, dass Sexarbeiter*innen mit ganz unterschiedlichen Beweg- und Hintergründen ihrer Tätigkeit nachgehen können, um Geld zu verdienen. Wir waren regelmäßig zu bestimmten Zeiten vor Ort, da eine hohe Anzahl von Wohnungslosen, von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und Menschen in vergleichbaren schwierigen Lebenslagen sowie deren soziales Umfeld das Gebiet aufsuchte. Durch das eingeschränkte Zeitfenster erhielten wir nur Momentaufnahmen des Geschehens. Dies beinhaltete, dass die Anzahl der Sexarbeiter*innen, der Kunden, der Anwohner*innen, der Gewerbetreibenden, die Nutzer*innen des bestehenden Angebotes je nach Tageszeit stark variierten. Auf Grund praxisrelevanter Aspekte hatten wir uns entschlossen, neben den Abendstunden einmal die Woche auch tagsüber den Kurfürstenkiez aufzusuchen. Ein Gedanke hierzu war, das Angebot einer Begleitung im Anschluss an die Beratungen zu ermöglichen. Neben der Begleitung boten wir für die unterschiedlichen Adressat*innen Unterstützung an. Das Spektrum umfasste den Gesundheitsbereich (Präventionsmaterialien wie Kondome, Gleitgel und Spritzentausch in geringen Mengen) als auch die professionelle Weitervermittlung in das gesamte Berliner Hilfesystem und die Interventionen in Krisensituationen.

Die Menschen, die wir im Kurfürstenkiez antrafen, sind zum großen Teil Frauen, die multiple Problemlagen aufwiesen. Zu unseren Standzeiten und während unserer Rundgänge trafen wir auf unterschiedliche Adressat*innen (Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen mit einem stoffgebundenen und/oder nicht stoffgebundenen Abhängigkeitsverhalten bzw. Missbrauch dieser Substanzen, Menschen verschiedener Nationalitäten, unterschiedliche Altersstufen, Sexarbeiter*innen jeden Geschlechts, Sexarbeiter*innen mit und ohne Zuhälter, professionelle Prostituierte usw.). Ein Teil unserer Beratungsgespräche beinhaltete gesundheitliche Aspekte. Gesundheit bedeutet gerade für die Sexarbeiter*innen die Sicherung ihres Lebensunterhalts. Die WHO definiert Sexuelle Gesundheit folgendermaßen:

„Sexuelle Gesundheit ist untrennbar mit Gesundheit insgesamt, mit Wohlbefinden und Lebensqualität verbunden(...). Sexuelle Gesundheit setzt eine positive und respektvolle Haltung

zu Sexualität und sexuellen Beziehungen voraus sowie die Möglichkeit, angenehme und sichere sexuelle Erfahrungen zu machen, und zwar frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Sexuelle Gesundheit lässt sich nur erlangen und erhalten, wenn die sexuellen Rechte aller Menschen geachtet, geschützt und erfüllt werden.“

Die Beratungsgespräche thematisierten nicht, wie vielleicht zu vermuten, vorrangig Krankheiten, die auf die Sexarbeit zurückzuführen sind, sondern betrafen alle psychischen wie physischen Erkrankungen.

Die Beratung und Vermittlung zu den entsprechenden Gesundheitseinrichtungen erwies sich als schwierig, da ein erheblicher Teil der Menschen nicht krankenversichert war. Zwar gab es Anlaufpunkte, die gesundheitliche Versorgung anboten, jedoch wurde hier noch einmal nach der Herkunft der Menschen unterteilt. Außerdem ist die sprachliche Komponente nicht zu unterschätzen, die elementar für die Behandlung und Beratung ist (Sprachenhotline).

Fallbeispiel:

*Herr K., 27 Jahre alt, EU-Bürger ohne Sozialleistungsanspruch, lebte seit sechs Jahren in Berlin ohne Wohnung und ohne polizeiliche/postalische Meldung. Er war nicht krankenversichert und hatte momentan keine Möglichkeit, Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem zu bekommen. Seine finanziellen Mittel reichten gerade zum Überleben. Die Wintermonate waren für ihn „sehr komfortabel“, da er in den Massenunterkünften der Kältehilfe die Nacht verbringen konnte. Im Sommer hingegen verbrachte er die Nächte an unterschiedlichen Orten z.B. Hausflure, Grünanlagen, Abrisshäuser. Seit zwei Jahren litt er unter erheblicher Gewichtszunahme (40 Kilo), welches ihn psychisch sehr belastete. Die Gewichtszunahme führte u.a. zu einer Einschränkung des Bewegungsapparates. Er hatte starke Schmerzen an Füßen, Beinen und Rücken und regelmäßig Zahn- und Kopfschmerzen. Er äußerte den Wunsch, ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen zu dürfen. Wir konnten ihn lediglich an wenige niedrigschwellige medizinische Einrichtungen vermitteln, die EU-Bürger*innen ohne Leistungsanspruch behandeln. Herr K. verfügte über keine Krankenversicherung, weder hier noch im Herkunftsland. Diesen Zustand konnten wir bis heute nicht verändern. Seine deutschen Sprachkenntnisse reichten nicht für eine ausreichende Verständigung aus. Seine prekäre Lebenslage trug dazu bei, die Gesundheit zu verhindern und gesellschaftlich nur eingeschränkt teilhaben zu können.*

Im Kurfürstenkiez herrscht kulturelle Vielfalt, die nach wie vor einerseits eine Bereicherung darstellt und andererseits Konfliktpotential in sich birgt. Um dieses Konfliktpotential zu minimieren bzw. die soziale Verträglichkeit zu ermöglichen, haben die Arbeitsgemeinschaften und Netzwerktreffen ihre Arbeit fortgesetzt und ihre Ideen fortgeführt und weiterentwickelt.

Ereignisse 2014:

- Anfang des Jahres nahmen wir an einem Fachaustausch zum Thema „Die muslimische/christliche Religion: ihre Aussagen über Sexualität, Geschlechterverhältnisse und Prostitution“ teil. Mit dieser Thematik wurden wir während unseres Aufenthaltes im Kurfürstenkiez konfrontiert.
- Im Sommer 2014 gab es ein Folgetreffen mit verschiedenen Institutionen, Behörden und Trägern anlässlich weiterer Vorgehensweisen bzgl. der Organisation „Zukunft für Dich“. Hierbei zeigte sich, dass dieser Verein zumindest im Kurfürstenkiez momentan nicht mehr aktiv ist. Parallel gab es eine Reportage, produziert vom NDR.⁶ Ein weiteres Treffen wird erfolgen, wenn sie erneut aktiv werden.
- Im Oktober 2014 fand ein informativer Austausch mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert statt. Viele Aspekte der Situation der Menschen vor Ort sowie die aktuellen politischen Diskussionen bzgl. der Neugestaltung des Prostitutionsgesetzes waren die Themen des Austausches. Die Punkte „Anzeige-/Anmeldepflicht für Prostituierte“, „Kondompflicht“, „verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen für Prostituierte“ und „Mindestalter für eine Tätigkeit in der Prostitution“ sprechen nicht für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Sexarbeiter*innen. Außerdem fördern diese Punkte nicht eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, sondern diskriminieren sie.⁷
- Im Kurfürstenkiez nahmen wir wie im Jahr zuvor eine erhöhte Polizeipräsenz wahr. Außerdem fanden vermehrt Razzien statt. In der zweiten Jahreshälfte fand ein brutaler Übergriff auf eine uns bekannte Frau statt, die mit lebensbedrohlichen Verletzungen in ein Krankenhaus geliefert wurde. Der Täter ist bis heute nicht gefasst. Die spannungsgeladene Atmosphäre, die nach dem Übergriff allgegenwärtig war, und die Gewalt untereinander sowie von außen verunsicherten alle Menschen im Kiez.
- 2014 entwickelte die Arbeitsgemeinschaft Prostitution/Soziales einen Flyer in leichter Sprache mit dem Titel „Leben in der Kurfürstenstraße“. Ziel war eine Aufklärung zu dem Thema Nachbarschaft und Prostitution sowie Handlungsmöglichkeiten.
- Der steigende Druck auf die Frauen, Geld zu verdienen, um ihre Lebensverhältnisse zu sichern und ihren Wohnraum zu finanzieren, kann zu einer starken psychischen Belastung führen. Im Kurfürstenkiez zeigte sich dieses unter anderem in Gewalttätigkeiten auf der Straße.
- Im Sommer trafen wir uns mit Dipl.-Ing. Daniel Angulo Garcia, der mit dem Masterstudiengang Landschaftsarchitektur ein Projekt mit dem Titel „Unter dem Strich“ durchgeführt hat. Ziel der Entwürfe war, Prostitution und ihre Auswirkungen auf den städtischen Raum zu untersuchen sowie zeitgenössische Antworten zu finden. Eine öffentliche Ausstellung wird 2015 folgen.

⁶ <http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/die-story-im-ersten-mission-unter-falscher-flagge-100.html>

⁷ <http://mechthild-rawert.de/inhalt/2014-10-28/hilfen-und-unterst-tzung-nicht-nur-moral-hilft-der-nachbarschaft>

- Im September 2014 veranstalteten wir eine Schuhaktion im Kurfürstentempel. Als außergewöhnliches Transportmittel durfte die kontrollierbare, die als Projekt gemeinsam von Punks und dem Team Marzahn gebaut wurde, genutzt werden, um gespendete Schuhe an die Frauen zu verteilen. Das umgebaute Fahrrad sorgte für viel Aufsehen und Freude. Die Schuhe wurden mit großer Begeisterung ausprobiert und genutzt. Herzlichen Dank noch mal an die Spender*innen und an das Team Marzahn.
- 
- Die Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde hat Sprühaktionen in Kurfürstentempel veranstaltet, um auf die Wichtigkeit der Kondombenutzung hinzuweisen.
 - Im November 2014 gab der Imbisswagen in der Frobenstraße/Ecke Kurfürstentempel seinen Standort auf. Der Imbisswagen stand bisher in unmittelbarer Nähe zu unserem Streetworkbus und viele Männer nutzten ihn als Vorwand zum „Spannen“. Sein Fehlen ermöglichte uns nun wieder, den Menschen eine größere Schutzzone zu bieten.
 - Die Bebauung des Parkplatzes von Möbel Hübner hat nach wie vor nicht begonnen.
 - Auf Grund der Vielfalt der Sprachen haben wir unseren Kurfürstentempelflyer neben den Sprachen Ungarisch und Bulgarisch auch in Rumänisch übersetzen lassen.
 - Im Laufe des Jahres verabschiedeten sich zwei Projekte aus dem Kurfürstentempel. Durch den Wegfall des Drogenprojektes ist eine Lücke entstanden.
 - Die Fachgruppe Kurfürstentempel (FG) ist ein Gremium, bestehend aus Sozialarbeit, Gesundheitsamt und Polizei. Wegen eines Interessenkonflikts und Kommunikationsproblems wurde die Mitgliedschaft des Vereins Neustart in der FG im beiderseitigen Einvernehmen beendet.
 - Der 17. Dezember ist der Internationale Tag zur Beendigung von Gewalt gegen Sexarbeiter*innen. Erstmals fand hierzu 2014 eine Aktion im Kurfürstentempel statt.

Wie auch an den anderen Brennpunkten sehen wir es nach wie vor als unsere Aufgabe, Lobbyarbeit für unsere Zielgruppe zu leisten. Die Arbeit im Kurfürstentempel stellt in dieser Beziehung eine Herausforderung dar, da unterschiedliche Religionen, verschiedene kulturelle Zugehörigkeiten, Konsum diverser Suchtmittel und das Ausleben unterschiedlicher Sexualitäten und Lebensformen hier aufeinandertreffen. Gleichzeitig bietet der respektvolle und akzeptierende Umgang miteinander, unabhängig von Kultur, Lebensweisen, Alter, Herkunft, Sexualität, Arbeit, Behinderungen, Geschlecht, Sprache, Andersartigkeit, politischer oder religiöser Orientierung, Wohnformen usw. eine große Chance für die Zukunft des Kurfürstentempels.



► Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung

Der Bahnhof Zoo befindet sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, grenzt im Norden an den Bezirk Mitte und wird von uns weiterhin fünfmal wöchentlich aufgesucht, wobei nur noch am Montag der Streetwork-Bus zum Einsatz kommt. Vor allem, um die zahlreichen Wohnungslosen in der Umgebung des Bahnhofs (Tiergarten, Breitscheidplatz, Wittenbergplatz) zu erreichen, verzichteten wir auf den Einsatz des Busses am Freitag.

2014 campierten wieder einige Wohnungslose, die sich in der Umgebung des Bahnhofs aufhielten, wobei es immer wieder zu Räumungen durch das Ordnungsamt Mitte kam. Die geräumten Wohnungslosen zogen dann in der Regel etwas weiter und schlugen Zelte an kaum einsehbaren Orten in der Parkanlage auf, was sie jedoch nicht vor weiteren Räumungen schützte, obwohl die meisten Gruppen sehr genau darauf achteten, ihren Platz sauber zu halten und den anfallenden Müll zu entsorgen. Um die Situation zu entschärfen, suchten wir als Streetworker*innen in Absprache mit den Wohnungslosen das Gespräch mit dem Ordnungs- und dem Grünflächenamt Mitte. Es stellte sich heraus, dass beide Behörden lediglich auf Anweisung handeln und meist keinen Ermessensspielraum bei Räumungen haben.



Da die Situation für alle Beteiligten unangenehm ist, sind für das Jahr 2015 unter Einbeziehung der Wohnungslosen Gespräche mit politisch Verantwortlichen des Bezirks geplant, um gemeinsam eine Lösung für die Menschen zu finden.

Das Gebiet rings um den Bahnhof Zoo ist in den letzten Monaten und Jahren einem sehr schnellen städtebaulichen Wandel unterworfen worden, der zunehmend zu Konflikten im öffentlichen Raum führt. Nachdem bereits 2013 das Waldorf Astoria als Fünf-Sterne-Hotel eröffnete, kam es 2014 zur Einweihung des Bikini-Hauses als hochwertigem Einkaufszentrum. In der Joachimsthaler Straße gegenüber dem Waldorf Astoria entsteht nun ein neues

Gebäude mit Einkaufsmöglichkeiten und Büroräumen. Viele Gewerbetreibende in der City-West sind in der AG City organisiert, die im Sommer mittels Presse an die Öffentlichkeit trat und die Situation rund um den Bahnhof Zoo in Bezug auf wohnungslose Personen in dramatisierender Weise darstellte. Laut der AG nehme die Zahl der Wohnungslosen zu und diese seien zunehmend aggressiv und verunreinigten die Straßen und Plätze durch Urinieren. Es gebe einen Anstieg an Kriminalität und es seien immer mehr Drogenabhängige vorzufinden. Die AG City kündigte an, dass sie der Lage mit einem privaten Sicherheitsdienst sowie mit zusätzlicher Beleuchtung unter den Bahngleisen in der Hardenbergstraße beikommen wolle.

Da wir eine andere Einschätzung der Situation hatten, veranstalteten wir einen „kleinen Runden Tisch“ mit sozialen Trägern, die vor Ort tätig sind, sowie mit Vertreter*innen des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf. Es ging dabei darum, die Eindrücke anderer Kolleg*innen mit unseren zu vergleichen und eventuelle Reaktionen auf das Vorgehen der AG City zu diskutieren. Zunächst konnte festgestellt werden, dass es keinen Anstieg an Kriminali-

tät gibt, was sich auch mit Aussagen der Polizei deckt. Die Anzahl der Drogenkonsument*innen hat sich im Gegensatz zu den Aussagen der AG deutlich verringert. Das Projekt Fixpunkt, das mit Drogenkonsument*innen arbeitet und den Bahnhof Zoo früher zweimal wöchentlich aufsuchte, hat seine Tätigkeit vor Ort eingestellt, da sich die Szene in andere Gebiete verlagert hat. Lediglich die Verunreinigungen durch Urinieren, vor allem in der Jebensstraße, konnten bestätigt werden.

Dies ist jedoch schon seit der Schließung des Hygiene-Containers in der Hertz-Allee ein Problem, da es lediglich im Bahnhofsgebäude eine kostenpflichtige Toilette gibt, diese einen Euro Gebühr verlangt und deshalb von Wohnungslosen kaum genutzt wird. Nach unseren Beobachtungen und nach Gesprächen mit Kolleg*innen urinieren jedoch nicht nur wohnungslose Menschen im Bereich des Bahnhofs Zoo in der Öffentlichkeit, sondern, und das vermehrt, auch nicht wohnungslose Passant*innen.

Das Bezirksamt diskutiert derzeit das neuerliche Aufstellen einer gebührenfreien Toilette, was dringend notwendig wäre.

Die AG City engagierte in der Folgezeit tatsächlich einen privaten Sicherheitsdienst, der sich nicht nur auf privatem Gelände, sondern häufig im öffentlichen Raum bewegte, obwohl er hier keinerlei Befugnisse hat. Zwar sprachen die Sicherheitsleute keine Wohnungslosen an, dennoch wirkten sie in ihrem Auftreten bedrohlich (zwei Uniformierte mit großem Hund). Nach Aussage der Sicherheitsleute gingen sie lediglich in den Tiergarten, damit der Hund sein Geschäft verrichten konnte.

Dass die Auswahl des Veranstaltungsortes des für 2015 geplanten European Homeless Cups auf den Breitscheidplatz fiel, lag auch daran, dass dem negativen Bild von Wohnungslosen, welches von der AG City gestreut wurde, ein anderes positives Bild entgegengesetzt werden soll.

► Vernetzung, Gremien- und Lobbyarbeit

Die Vernetzung, der Kontakt und der Dialog mit unterschiedlichen Einrichtungen ermöglichen das angemessene Realisieren der Arbeit mit den Adressat*innen. Dieses Netzwerk wird gepflegt und weiterentwickelt. Es findet in unterschiedlichen Gremien statt wie z.B. AG Leben mit Obdachlosen, AK City-Bahnhöfe, AK Wohnungsnot, FG Kurfürstenkiez, AG Alexanderplatz, Initiative Alexanderplatz, FG Migration, AG Gesunder Kunde, AG Gesundheitliche Versorgung von nichtversicherten EU-Bürger*innen und AG Prostitution/Soziales.

Regelmäßige Fachtagungen (z.B. Krisen und Suizidalität – Wege in der Krisenintervention) und Fachaustausche (z.B. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.) stellen einen weiteren wichtigen Teil der Netzwerkarbeit dar. Neben der bundesweiten Vernetzung gehört auch der Kontakt ins europäische und außereuropäische Ausland dazu. Im Jahr 2014 besuchten wir einige Projekte der Wohnungslosenhilfe in der Tschechischen Republik und der Slowakei. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen unserer konzeptionellen und praktischen Arbeit wurden Überlegungen zu praktischen Unterstützungsmöglichkeiten für die tschechischen und slowakischen Adressat*innen in Berlin angestellt. Hier lernten wir, wie gewünscht, Einrichtungen kennen, zu denen wir nun auf kurzem Weg Kontakt aufnehmen können.

Außerdem war uns die Frage wichtig, wie Bürger*innen in diesen Ländern sozial abgesichert sind oder abgesichert werden können und welche Möglichkeiten einer Krankenversicherung bestehen, sofern sie in Deutschland leben.

An unseren Brennpunkten gab es immer wieder Berührungspunkte mit den Ordnungsämtern. Um Verständnis für die gegenseitige Arbeit zu vermitteln, gab es gemeinsame Treffen mit den Ordnungsämtern Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die Politik spielt für unsere Arbeit eine große Rolle. Wir trafen uns mit unterschiedlichen Politiker*innen, um viele Aspekte der Situation Wohnungsloser zu beschreiben, auf Versorgungslücken und Gesetzesänderungen mit dem Blick aus der Praxis hinzuweisen.

Wie bereits 2013 besteht nach wie vor ein großes Fach- und Medieninteresse an der Straßensozialarbeit. So hielten wir Vorträge für unterschiedliche Gruppen interessierter Fachöffentlichkeit, Schulen und Universitäten, bei denen wir unsere Arbeit präsentierten und über Sachverhalte diskutierten.

In den vergangenen Jahren ermöglichte uns die Netzwerkarbeit, auf dem aktuellen Stand der Entwicklungen zu bleiben. Durch den direkten fachlichen Austausch erkennen wir Versorgungslücken von gesamtstädtischer Bedeutung.



Feldstudie

Die im Jahresbericht 2013 näher beschriebene Feldstudie „Situation der Wohnungslosen aus Osteuropa im Bereich Jebensstraße/Zoo“⁸, welche das Team Transit bei Gangway e.V. in Kooperation mit uns durchführte, wurde im Jahr 2014 dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, dem Arbeitskreis Wohnungsnot und an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin vorgestellt. Die präsentierten Ergebnisse und daraus resultierenden Handlungsempfehlungen stießen auf ein aufrichtiges Interesse der anwesenden Multiplikator*innen und gaben Anregungen für zukünftige Projekte. Die Studie konnte ein besseres Verständnis für die besondere Situation der wohnungslosen Menschen aus osteuropäischen Ländern schaffen. Insbesondere der partizipative methodische Ansatz des Community Mapping machte vielfältige Ressourcen der Teilnehmer*innen deutlich, welche sich sehr gut nutzen lassen, um das Hilfesystem an diese Zielgruppe anzupassen und somit zu verbessern.

Kältehilfepläne

Wir haben Ende des Jahres 2014 gemeinsam mit VIA e.V.-Verband für Interkulturelle Arbeit die Übersetzung der Kältehilfepläne in unterschiedliche Sprachen initiiert und auch das Projekt „Frostschutzengel“ der GEWEBO-Soziale Dienste Berlin mit einbinden können. Bisher stehen die Pläne in den Sprachen Polnisch, Russisch, Bulgarisch und Spanisch zur Verfügung. In die Kooperation sollen möglichst viele Institutionen und Einzelpersonen mit weiteren Sprachkompetenzen eingebunden werden, um diese wichtigen Informationen möglichst vielen Menschen zugänglich machen zu können.

Vernetzung mit anderen Streetworker*innen

Streetwork wird vorwiegend als Zugang zu Jugendlichen praktiziert und wahrgenommen. Als methodischer Zugang zu benachteiligten und problembelasteten erwachsenen Menschen wird Streetwork bundesweit eher seltener genutzt. So legen auch die Fachliteratur, Tagungen und Fortbildungen den Schwerpunkt auf Streetwork mit Jugendlichen.

Um einen professionellen Austausch mit anderen, ebenfalls mit Erwachsenen arbeitenden Streetwork-Teams zu initiieren, haben wir uns mit Streetworker*innen des Creso-Creative Sozialarbeit aus Potsdam und mit MOBILEStreetwork aus Leipzig getroffen. Der stattgefunden informative Austausch wird im nächsten Jahr ausgebaut werden. Wir erhoffen uns, zukünftig gemeinsam an den fachlichen Standards des Streetwork mit Erwachsenen zu arbeiten und diesen wichtigen methodischen Zugang im Hinblick auf erwachsene Adressat*innen weiter zu entwickeln.

⁸ <http://www.gangway.de/~upload/gangway/pdf/Feldstudie%20Jebensstr.pdf>

European Homeless Cup 2015

Das Team BP wurde von Anstoß! e.V. - Bundesvereinigung für Integration durch Sport angefragt, im Jahr 2015 die Europameisterschaft der Wohnungslosen, den European Homeless Cup, in Berlin auszurichten. Im Zuge der Vorbereitungen der Infrastruktur für das Turnier sowie des Rahmenprogramms und der öffentlichen Wirksamkeit nahmen wir zu vielen Akteur*innen des öffentlichen Lebens Kontakt auf. Als Unterstützer*innen und Sponsoring-Partner*innen konnten u.a. die folgenden Akteur*innen gewinnen:

- den Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller (Schirmherrschaft angefragt)
- den Bezirksbürgermeister des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf Reinhard Naumann (Grußwort und ideelle Unterstützung)
- den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (materielle Unterstützung)
- die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (materielle Unterstützung)
- diverse Tages- und Wochenzeitungen
- den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb).

Somit wird nicht nur der European Homeless Cup promoted, sondern auch die Arbeit und das Engagement des Teams BP in die berlin-, bundes- aber auch europaweite Öffentlichkeit getragen.

Aktivitäten und Projekte

Auch im Jahr 2014 konnten wir Menschen die Teilnahme an sportlichen, kulturellen und sozialen Aktivitäten ermöglichen. Gut angenommen werden weiterhin die Freikarten zu ALBA-Berlin-Spielen. Durch Freikarten konnten wir zudem einigen Adressat*innen den Besuch des Berliner Fernsehturms ermöglichen. An den Brennpunkten Ostbahnhof und Zoo veranstalteten wir ein Tippspiel zur WM 2015, an dem sich ca. 50 Personen beteiligten. Dem Gewinner spendierten wir einen Kinobesuch. Auf Wunsch zweier befreundeter Frauen ermöglichten wir ihnen eine Brückenfahrt auf dem Landwehrkanal.

Am 23.7. fand am Blücherplatz wieder das traditionelle Grillfest des Teams BP für Wohnungslose statt. Circa 80 bis 100 Menschen fanden sich am Nachmittag in Kreuzberg ein um gemeinsam mit uns Steaks, Bratwürste und Salate zu verzehren und bei herrlichem Wetter einfach mal abzuschalten. Für die Unterstützung, ohne die dieses Fest niemals gelungen wäre, wollen wir uns ganz herzlich bei unseren Kolleg*innen vom Team Lichtenberg, die uns Materialien sowie das Café Maggie zur Vorbereitung überließen, und beim SO 36 für die Leihgabe von Tischen und Bänken bedanken.

Diese Aktivitäten bieten uns die Möglichkeit, unsere Adressat*innen in einem anderen Kontext zu erleben. Häufig entstehen dabei tiefer gehende Gespräche über vergangene Zeiten, über (ehemalige) Interessen und Hobbys, die als Anknüpfungspunkte für zukünftige Perspektiven dienen können.

► Fußball

Im Jahr 2014 konnte das Fußballprojekt bereits das dreijährige Bestehen feiern. Wie in den Jahren zuvor nahm die Mannschaft mit dem selbstgewählten Namen Ocker-Beige-Berlin an verschiedenen Turnieren teil bzw. organisierte diese selbst. Das Jahr 2014 war darüber hinaus von zwei besonders prägenden Ereignissen gekennzeichnet: die Deutsche Meisterschaft der Wohnungslosen in Karlsruhe und der regelmäßigen Teilnahme an der Street League-Turnierserie. Der feste Kern von acht bis zehn Teilnehmenden konnte konstant über das Jahr gehalten werden. Darüber hinaus besuchten eine Vielzahl wohnungsloser Menschen das Training in unterschiedlicher Intensität und Anzahl, sodass ca. 50 Spieler*innen über das Jahr verteilt am Training teilnahmen.



Street League/Cup der guten Hoffnung

Anfang des Jahres 2014 hatten verschiedene Gangway-Teams Überlegungen angestellt, die Gangway-interne Liga nach einer mehrjährigen Pause wieder zu reaktivieren. Nach ersten Treffen wurde diese Idee verworfen und stattdessen ein Modus entwickelt, welcher sich aus sich regelmäßig wiederholenden einzelnen Turnieren zusammensetzt. Der Kreis wurde geöffnet, sodass auch Teams anderer Träger daran teilnehmen konnten. Nach Rücksprache mit der Mannschaft, welche dieser Idee begeistert zustimmte, sind wir nun Teil des Organisationsteams. Das Team Ocker-Beige-Berlin ist dabei das einzige Team mit erwachsenen, wohnungslosen Teilnehmenden. Alle anderen Mannschaften setzten sich aus Jugendlichen zusammen, welche in der Regel nicht wohnungslos sind.

So begann die Saison am 20.03.2014 und endete am 22.10.2014 mit insgesamt fünf Turnieren. Besondere Highlights waren dabei ein Mitternachtsfußball in den späten Abendstunden und ein Turnier auf dem Dach der METRO in Friedrichshain. Im Dezember fand darüber hinaus ein gemeinsames Pizzaessen der Mannschaften mit anschließendem Fußballturnier auf der Play-Station im Café Maggie des Gangway-Teams Lichtenberg statt.

Die Deutsche Meisterschaft in Karlsruhe

Vom 20. bis 21.06.2014 fand die Deutsche Meisterschaft der Wohnungslosen im Street Soccer, organisiert von Anstoß e.V., in Karlsruhe statt. Insgesamt nahmen daran 22 Mannschaften aus ganz Deutschland teil. Wir machten uns mit sieben Spielern bereits einen Tag zuvor auf den Weg und errichteten auf dem für alle Mannschaften organisierten Gelände eines Fußballvereins unsere Zelte.

Das Zelten allein war für manche der Spieler bereits ein besonderes Erlebnis, da sie hier das erste Mal in einem Zelt übernachteten. An den beiden Spieltagen bestritt die Mannschaft zahlreiche Spiele und konnte Kontakte zu anderen Teams und Spieler*innen knüpfen. Diese Kontakte bestehen zum Teil bis heute und werden durch regelmäßige Treffen auf Turnieren intensiviert.

Am Ende des Turniers wurde durch den Bundestrainer Jiří Pacourek ein Spieler unserer Mannschaft für die Nationalmannschaft nominiert, welche im Dezember an der Weltmeisterschaft der Wohnungslosen in Chile teilnahm. Ausschlaggebend für die Nominierung waren neben sportlicher Leistung vor allem faires Verhalten auf und neben dem Fußballfeld.



Sonstige Unternehmungen

Im Frühling 2014 organisierten wir auf Wunsch der Mannschaft ein Turnier unter Freund*innen mit dem Fanprojekt Kaiserslautern und der Berliner Bagaasch 97/06. Auch hier konnten freundschaftliche Kontakte mit den Fans aus Kaiserslautern geknüpft werden. Daraufhin folgte eine Einladung von Seiten Kaiserslauterns für das anstehende Spiel gegen Union Berlin für die gesamte Mannschaft. Herzlich wurde Ocker-Beige-Berlin in den Reihen des Fanprojektes Kaiserslautern in der Alten Försterei empfangen. Im Sommer 2014 spielte unserer Mannschaft zudem auf dem Charity-Turnier „Geballt gegen Armut“ in der Lichtenberger Hans-Zoschke-Arena, welches u.a. von Gangway organisiert wurde.

Des Weiteren organisierten wir ein Heimturnier für Wohnungslose am 27.07.2014 auf dem METRO- Dach. Hier luden wir bundesweit wohnungslosen-Teams ein. So kam u.a. das Team des Bundestrainers Jiří Pacourek aus Nürnberg.

Am 27.09.2014 unternahmen Teile der Mannschaft zusammen mit uns einen Ausflug nach Hamburg, um den Hamburger Straßenfußballturnier auf St. Pauli als Gäste beizuwohnen.

Zu allen Turnierteilnahmen der Mannschaft lassen sich Berichte auf unserer Homepage nachlesen.

Bislang hat Ocker-Beige-Berlin fünf Pokale gewonnen, darunter auch Ehrungen wegen besonders fairem Verhalten auf und um das Spielfeld. Die anfängliche Skepsis einzelner Spieler*innen aus anderen Mannschaften im Turniermodus der Street League gegenüber erwachsenen Wohnungslosen ist einem wertschätzenden freundschaftlichen Umgang Aller miteinander gewichen. In zahlreichen Gesprächen und Diskussionen konnten die Mannschaft, wir und die Kolleg*innen der anderen Teams Vorurteilen gegenüber Wohnungslosen begegnen. Aber auch die Jugendlichen, wir und unsere Kolleg*innen konnten



mit Vorurteilen gegenüber Jugendlichen auf Seiten unserer Mannschaft mit freundschaftlichen Gesprächen vor, während und nach den Spielen aufräumen. Somit wurden ein Ort und Raum der Begegnung geschaffen, in welchem sich die Beteiligten auf Augenhöhe begegnen, was sich in ihren alltäglichen möglichen Begegnungen auf den Straßen Berlins in dieser Form so nicht ereignet. Darüber hinaus berichteten uns einzelne Spieler von Ocker-Beige-Berlin bereits von zufälligen Treffen mit den Spieler*innen der anderen Mannschaften in ihren Kiezen und kurzen, aber freundschaftlichen Gesprächen über das letzte Turnier. Somit beginnt ein wichtiger partizipatorischer Aspekt des Fußballprojektes, der Austausch unterschiedlicher Lebensrealitäten und eine Reduktion der Isolation wohnungsloser Menschen, Früchte zu tragen.

Darüber hinaus kann mit einer Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Turnieren, wie der Deutschen Meisterschaft in Karlsruhe, einem defizitären Blick auf wohnungslose Menschen durch Presseberichte und Gespräche am Rande des Spielfeldes mit Passant*innen im größeren Rahmen begegnet werden.

Von der Sparkassenfiliale am Hackeschen Markt konnten wir eine Geldspende für unsere Fußballmannschaft entgegennehmen. Diese Spende ist umso erfreulicher, da der Kontakt auf Initiative und Vermittlung eines Spielers der Mannschaft zustande gekommen ist.

Das Training ist bislang sehr stark „männlich“ geprägt. Bislang haben wir noch keine Möglichkeit gefunden, Frauen oder Trans-Menschen über längere Zeit für das Projekt zu begeistern. Die Teilnahme war hier immer lediglich von kurzer Dauer. Um dieses perspektivisch zu verändern, sind wir nun im Austausch mit z.B. Anstoß e.V., welcher eine größere Erfahrung in diesem Bereich besitzt.

► Statistik

Wie jedes Jahr führen wir zur Dokumentation unserer Arbeit eine anonyme Statistik über die Adressat*innen. Im Folgenden möchten wir eine Auswahl der soziodemographischen Daten aufzeigen.

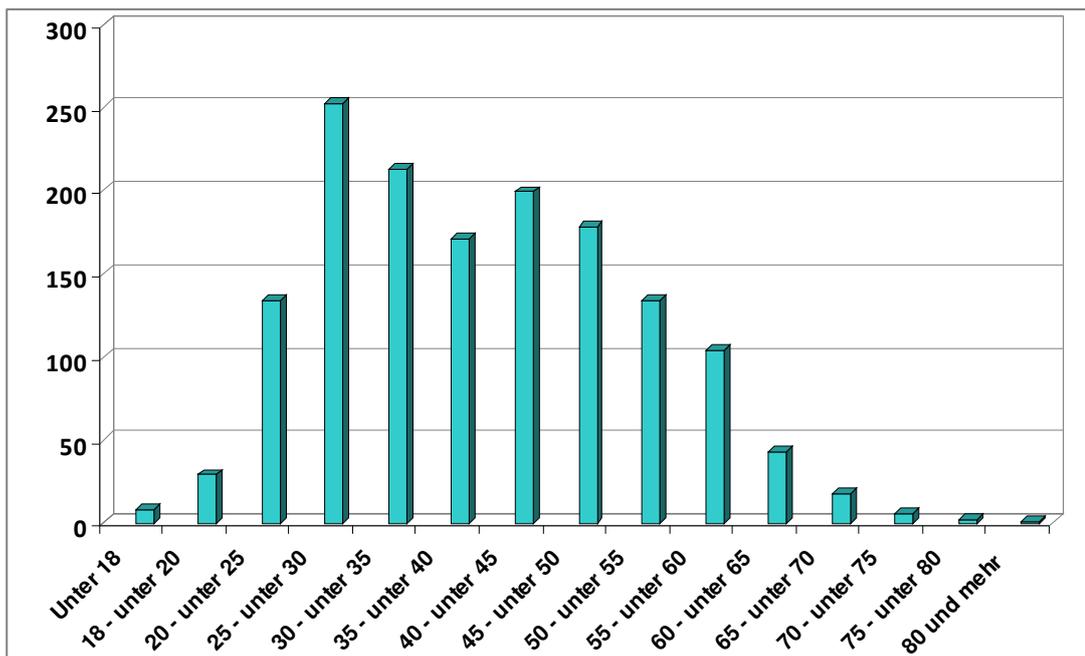
Die persönliche Datenerhebung erfolgt jeweils beim Erstkontakt und es gibt keine weitere Anpassung im Laufe des weiteren Kontaktes. Beratungen, Vermittlungen sowie die Zielereichungen werden aktuell ergänzt. Die Wahrung der Anonymität hat nach wie vor, auf Grund unserer konzeptionellen Ausrichtung, einen hohen Stellenwert.

Die quantitative Erhebung der Daten ist für unsere Arbeit nicht von primärer Bedeutung. Die Problematik Wohnungslosigkeit ist viel komplexer, als dass sie nur mit Zahlen erfasst werden kann.

Soziodemografische Daten

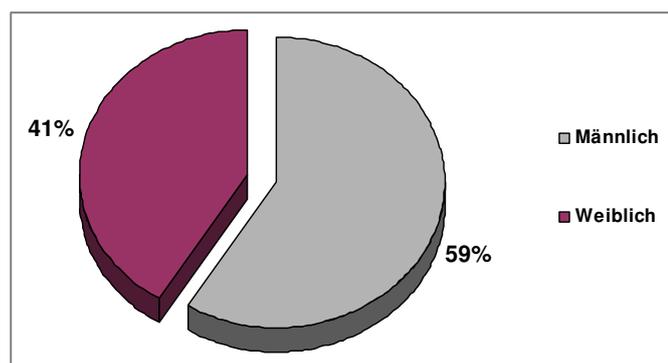
Alter

Im Jahr 2014 nahmen wir Kontakt zu 1492 Personen auf. Der Altersdurchschnitt lag überwiegend zwischen 30 und 55 Jahren.



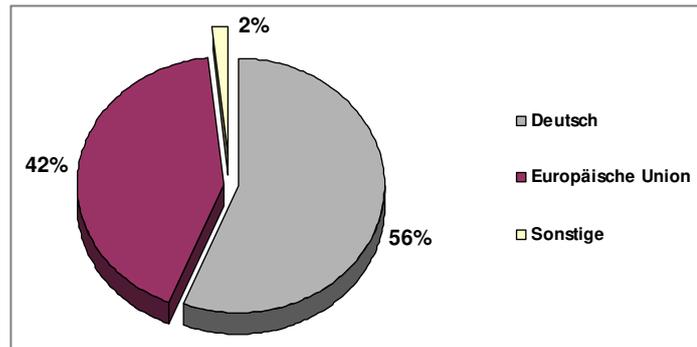
Geschlechterverteilung

2014 stieg der Anteil der Frauen im Gegensatz zum Vorjahr um 8% an.

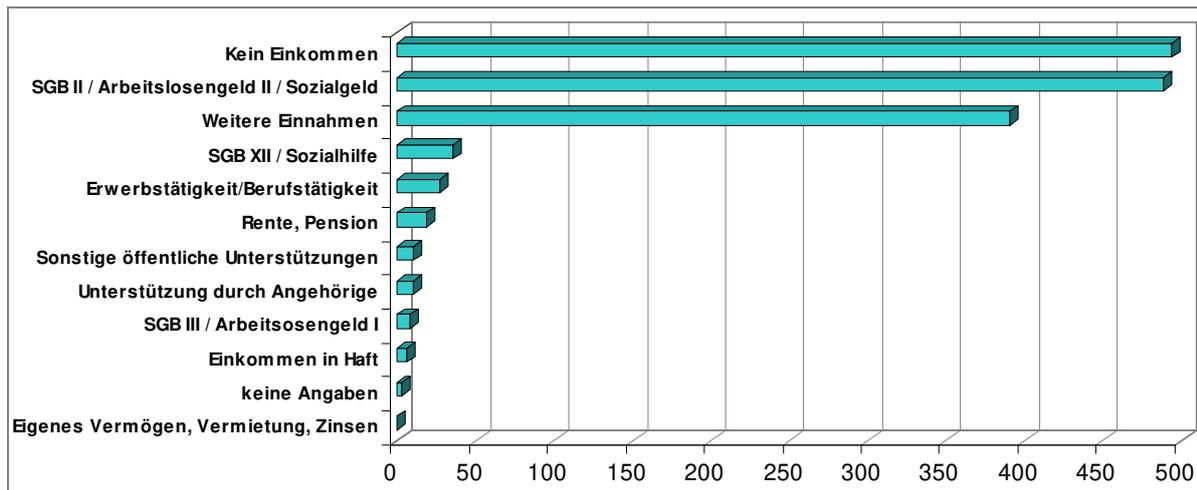


Staatsangehörigkeit

Mehr als die Hälfte der Adressat*innen hatte die deutsche Staatsangehörigkeit.

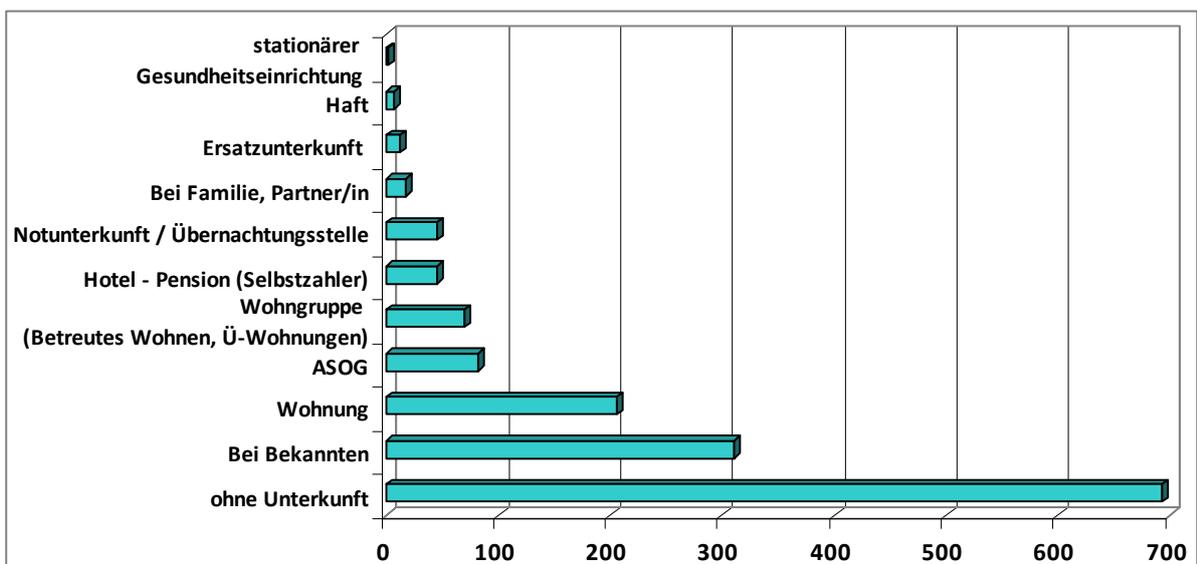


Einkommenssituation



Die Anzahl der Personen, die über kein Einkommen verfügen, und die Anzahl der Personen, die im Bezug von ALG II-Leistungen stehen, waren fast identisch.

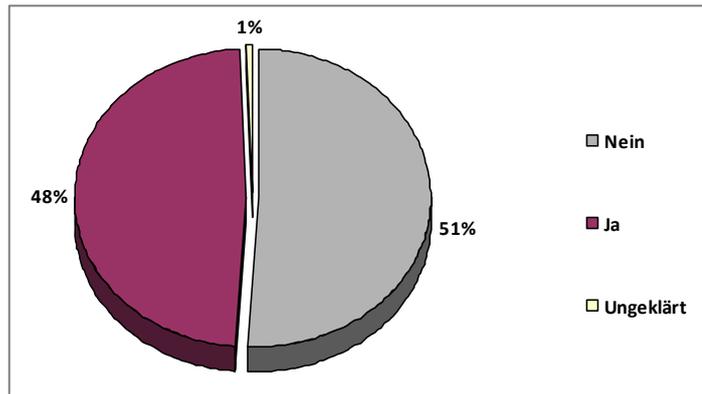
Unterkunftssituation



Im Gegensatz zum vorigen Jahr ist die Zahl der Adressat*innen ohne eigenen Wohnraum weiterhin angestiegen. Von der Anzahl der Personen, die einen eigenen Mietvertrag hatten, gaben 167 an, dass sie von Wohnungslosigkeit bedroht oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

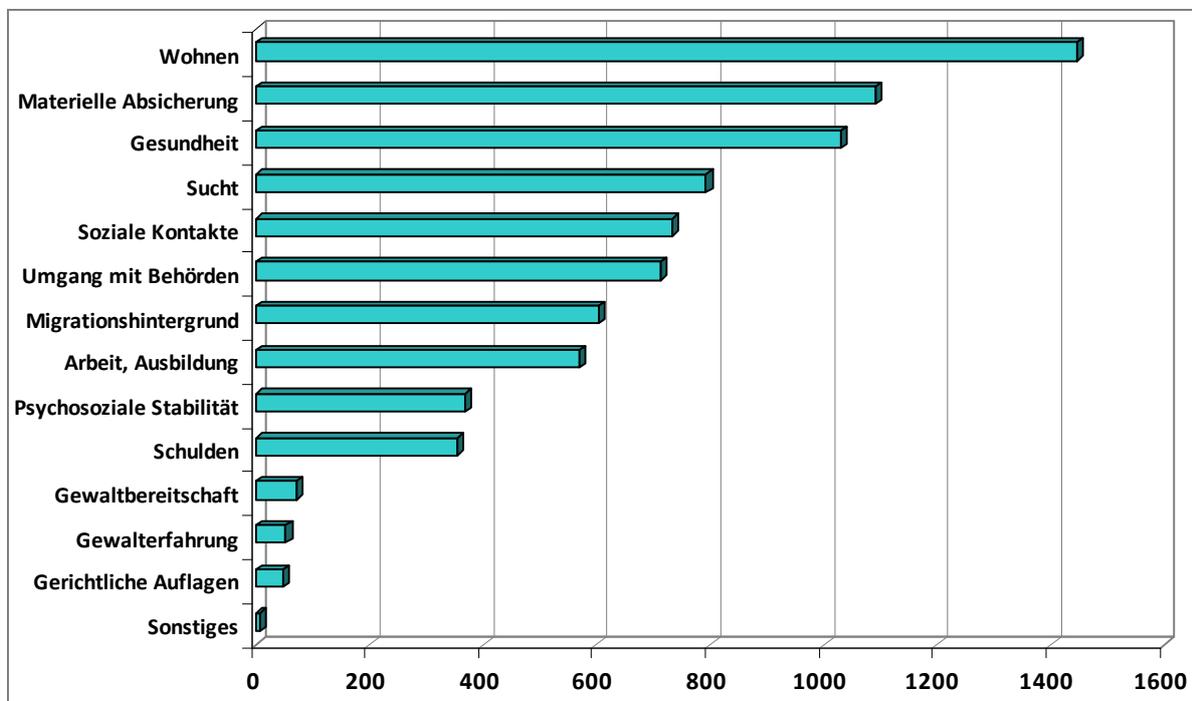
Krankenversicherung

Mehr als die Hälfte der angetroffenen Personen verfügte über keine Krankenversicherung. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, was unter anderem durch Wohnungslose aus den EU-Ländern, von denen nur einzelne eine gültige



Krankenversicherung vorweisen konnten bzw. keine finanziellen Mittel hatten, um diese zu finanzieren, erklärt werden kann.

Problemlage



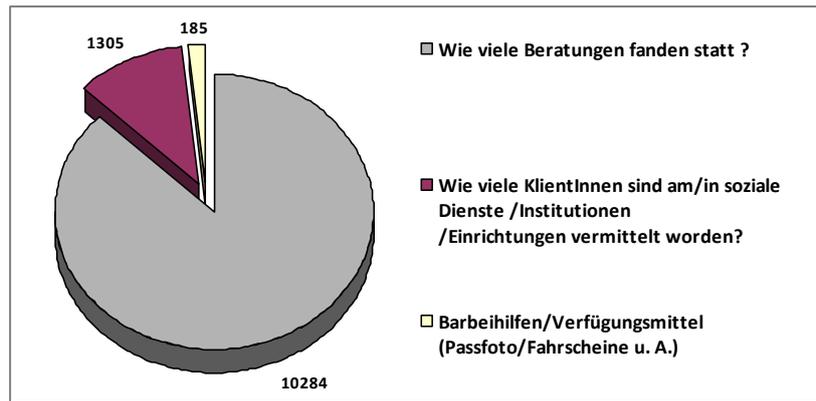
Wie schon beim Graphen zur Unterkunftssituation gab es auch hier einen Anstieg der Problemlage Wohnen.

Im Gegensatz zum Jahr 2013, in dem 793 Personen mit der Problemlage Gesundheit konfrontiert waren, waren es im Jahr 2014 1.030 Personen. Es handelt sich um ein Plus von 237 Personen.

Leistungserfassung

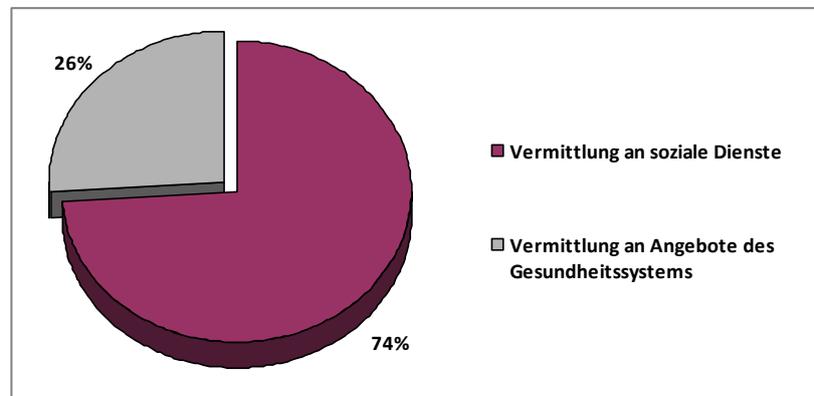
Im Jahr 2014 haben wir 1.492 Adressat*innen kontaktiert.

Im Jahr 2014 haben wir 10.284 Beratungen durchgeführt. Etwa jede achte Beratung führte zu einer Vermittlung. Es wurden 185 Barbeihilfen ausgegeben.



Zielerreichung

Bei der Zahl der erfolgreichen Vermittlungen in das Berliner Hilfesystem handelt es sich lediglich um konkrete Rückmeldungen, die wir von den Adressat*innen erhalten haben. Die tatsächliche Zahl dürfte demnach erheblich höher ausfallen, da wir in der Praxis nicht von uns aus die Vermittlungen nachverfolgen, denn wir garantieren Anonymität.



► Resümee 2014 und Ausblick 2015

2014 haben wir Menschen kennen gelernt, Bekannte wieder getroffen und Verstorbene verabschiedet.

2014 hat sich die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum, die Versorgung mit angemessenem Wohnraum und fehlende Unterbringungen nach ASOG, die notwendige gesundheitliche Versorgung (nicht nur in akuten Situationen) und der Abbau von sprachlichen Barrieren nicht verbessert. Nach wie vor wünschen wir uns, dass die Konzepte der Sprachenhotline sowie der Krankenstation umgesetzt werden. Leider hat der Zeitraum des Schuldenerlasses bezüglich der Krankenversicherungsbeiträge 2013 nicht ausgereicht, um alle Menschen ohne Schulden in die Krankenversicherung zurück zu führen.

Aufgefallen ist uns, dass viele öffentliche Orte mittlerweile mit Kameras überwacht werden. Bahnhofsbereiche wurden nur noch eingeschränkt als Ort zum Geldverdienen oder als Verweilort genutzt.

Die Frage blieb offen, ob es an der Überwachung oder an der verstärkten Präsenz der Sicherheitskräfte lag. Für Wohnungslose bedeutete es im jeden Fall eine weitere Einschränkung.

Wir haben uns im letzten Jahr häufig mit Konflikten beschäftigt, die im öffentlichen Raum durch das Campieren wohnungsloser Menschen entstanden. Hierbei werden 2015 Gespräche mit Ämtern und Behörden fortgesetzt, um den Konflikt zu entschärfen und Lösungen zu finden. Die Einbeziehung der Betroffenen soll dabei vermehrt im Vordergrund stehen.

Des Weiteren haben wir während des Berichtszeitraums verschiedene Bezirke Berlins beobachtet, um aktuelle Entwicklungen wahrzunehmen. Eine wichtige Ressource war hierbei der Austausch mit unseren Kolleg*innen aus den Jugendteams bei Gangway e.V., die fundierte Kenntnisse über die diversen Sozialräume haben.

Um auf die Problematiken im Bereich Wohnungslosigkeit besser eingehen zu können, haben wir unser Methodenrepertoire erweitert und sind neue Wege in der Prozessbegleitung und Unterstützung gegangen. Dies haben wir vor allem durch Gruppen- und Projektarbeit in Angriff genommen. Es hat uns neue Zugänge zu Wohnungslosen eröffnet und diesen die Möglichkeit gegeben, an den Prozessen beteiligt zu werden und Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Diese Herangehensweisen sollen in Zukunft ausgebaut werden, um Wohnungslose letztendlich zu befähigen, eigenständig die Stimme für ihre Interessen zu erheben. Um dieses Ziel zu erreichen, sind jedoch noch viele Schritte notwendig. Das Fußballprojekt mit der erstmaligen Teilnahme an der Deutschen Meisterschaft im letzten Jahr ist hierfür ein guter Anfang.

Die Organisation der europäischen Meisterschaften im Street-Soccer (European Homeless Cup), der am 26.06.2015 auf dem Charlottenburger Breitscheidplatz ausgetragen wird, hat im Sommer letzten Jahres begonnen und wird ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit sein. Wir werden dabei versuchen, eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, um auf die Thema-

tik aufmerksam zu machen und vor allem Wohnungslose in ein klischeefreies positives Licht zu rücken.

In unserem Team gab es personelle Veränderungen, die auf Grund von Elternzeitvertretungen zustande kamen.

Wir vermuten, dass 2015 die Repressionen an den öffentlichen Orten weiter anhalten und möglicherweise zunehmen werden. Die Aufwertung der City West und die Gestaltung der „Neuen Mitte“ werden sicherlich zur Verdrängung der Wohnungslosen beitragen. Der Wohnungsbestand wird für die Adressat*innen weiterhin schwer zugänglich sein, da der Neubau von Wohnungen größtenteils eine andere Mieterschaft anspricht.

Abzuwarten sind die weiteren Urteile bezüglich des Ausschlusses arbeitssuchender Unionsbürger*innen aus dem ALG II-Bezug und dessen Umsetzung in der Praxis. Wir werden weiterhin die Situation im Auge behalten, um angemessen reagieren zu können und die entsprechenden Stellen über die Lücken im System zu informieren und bestenfalls Vorschläge zur Veränderung der jeweiligen Situation zu unterbreiten.

Im Jahr 2014 erhielten wir Unterstützung von dem Café Schneider, Hydra e.V., SIZZPACK, von der Firma Kreiter GmbH, FIRE-FLOW, der Berliner Sparkasse sowie von privaten Spender*innen. Dafür möchten wir uns noch einmal ganz herzlich bedanken!

► Allgemeine Angaben

Abschließend erfolgt eine Übersicht von formalen Daten, die Aufschluss über unsere Erreichbarkeit und die personelle Besetzung des Teams Streetwork an Brennpunkten bei Gangway e.V. geben wird.

Standort Büro

Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin

Team Straßensozialarbeit an Brennpunkten

Schumannstr. 5

10117 Berlin

E-Mail: streetworkbp@gangway.de

Tel.: 030 28 30 23 0

Fax: 030 28 30 23 19

Das Team der Straßensozialarbeiter*innen

- Andreas Abel, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 2
- Manuel Eigmann, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Conflict Management (Master)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 5
- Simone Glaß, Diplom-Sozialpädagogin (FH)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 3
- Marcel Galiovský, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Bachelor)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 6
- Claudia Lichtenwald, Diplom-Sozialpädagogin (FH) (in Elternzeit)
- Stefanie Seewald, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 4
- Heike Sievers, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 1
- Cengiz Tanriverdio, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Elternzeitvertretung)
- Maciej Żbikowski, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Bachelor) (in Elternzeit)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 9
- Anna Zietek, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Communication Studies (Master)
Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 8 (Elternzeitvertretung)

Unsere Präsenzzeiten an den Brennpunkten im Überblick



Alexanderplatz und Umgebung

Montag: 15:00 - 18:00 Uhr

Mittwoch: 15:00 - 18:00 Uhr

Freitag: flexibel



Ostbahnhof und Umgebung

Montag: 13:00 - 16:00 Uhr

Mittwoch: 13:00 - 16:00 Uhr

Donnerstag: 13:00 - 16:00 Uhr



Kurfürstenkiez

Dienstag: 20:00 - 23:30 Uhr

Donnerstag: 20:00 - 23:30 Uhr

3. Tag: flexibel



Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung

Montag: 18:00 - 22:00 Uhr

Dienstag: 16:00 - 20:00 Uhr

Mittwoch: 11:00 - 15:00 Uhr

Donnerstag: 16:00 - 20:00 Uhr

Freitag: 12:00 - 14:00



Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin

Schumannstr. 5

10117 Berlin

Tel.: 030.283023-0

Fax.: 030-283023-19

www.gangway.de

Facebook: [streetworkbp.gangway](https://www.facebook.com/streetworkbp.gangway)

